

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
General Nr. 22,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22
Riesa
Postfach Nr. 22

Nr. 285.

Donnerstag, 8. Dezember 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Anzeigenzeile 100 Gold-Pfennige; getrauben- und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bemerklicher Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Wittich, Riesa.

Genfer Allerlei.

Im Verlaufe des Mittwochs konnten auch die ernstlichen Bemühungen hinter den Kulissen des Völkerbundesrates nichts an der unklaren Situation in Genf verändern. Eine kurze Durchsicht der letzten litauischen Denkschrift an den Völkerbund konnte überzeugen, daß die Regierung des Herrn Woldemaras, im Augenblick wenigstens, immer noch wenig geneigt ist, den ihr übermittelten Kompromißvorschlägen nachzugeben. So muß man es auch als recht zweifelhaft bezeichnen, ob die Grobmächte ihren Willen gegenüber Litauen durchsetzen werden und tatsächlich erreichen, daß die Regierung Woldemaras die Memelfrage aufgibt, den bekannten Schuldkonflikt beilegt und sich zu einer Wiedereröffnung, zum mindesten konsularischer Beziehungen zu Polen bequemt. Andererseits begegnet der litauische Wunsch auf Einleitung einer internationalen Grenzkommision zur Prüfung der Verhältnisse an der polnisch-litauischen Grenze dem energischsten Widerstand der polnischen Delegation. Im übrigen schließt sich immer mehr aus dem ganzen Lauf der Ereignisse, Besuche und Vorschläge in Genf die Ansicht heraus, daß die litauische Frage ungefähr so zu regeln, wie Mussolini vor kurzem das albanische Problem kurzumhandelt hat. Da diese polnische Ansicht sichtlich von Frankreich unterstützt wird, und die französische Initiative zur Zeit in Genf sich am stärksten bemerkbar macht, so ist es vom deutschen Standpunkt aus gesehen, sehr ratsam, diese Entwicklung der Dinge in Genf mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Ein albanisiertes Litauen wäre angesichts der Vorkriegs-Disprekation der unerträglichsten Schläge, der der deutsche Vorkriegs verliert werden könnte. Es ist zu hoffen, daß die deutsche Delegation in Genf mit der abzuwartenden Energie den von den vitalsten Interessen bedingten deutschen Standpunkt gegen von Jalessi und Brand propagierten Lösungsmöglichkeiten zur Geltung bringen wird.

Im übrigen haben die italienisch-französischen Beziehungen stark im Vordergrund des Genfer Interesses. Wenn auch die nicht behauptenden Behauptungen von einer in den nächsten Tagen stattfindenden Zusammenkunft Brandts und Mussolini an der schweizerisch-italienischen Grenze noch recht vager Natur sind, so wäre es doch verfehlt, sie kurzumhand abzutun. Der Abschluß eines französisch-italienischen Niederlassungsvertrages, der noch kurz vor der Abreise Brandts aus Paris nach Genf formuliert wurde, zeigt immerhin, daß die französische Politik im Augenblick ernstlich beabsichtigt ist, in ein besseres Verhältnis zu Mussolini zu treten. Der Genfer Korrespondent der „Chicago Tribune“ behauptet, daß der Gegenstand der geplanten Ministerunterredung die Möglichkeiten einer Einigung in der gesamten Mittelmeer-Politik sei. Dieser Fragen-Komplex ist jedoch so gewaltig, die Gegenstände, die hier aufeinanderprallen, so grundverschieden und unüberbrückbar, daß es wohl kaum einer kurzen Zusammenkunft Brandts mit Mussolini gelingen wird, hier eine Klärung zu finden, geschweige denn eine Einigung.

In der Mittwoch-Nachmittags-Sitzung des Rates wurde zum erstenmal der polnisch-litauische Konflikt offiziell behandelt. Sie war in der Hauptsache von den Erklärungen des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras und des polnischen Außenministers Jalessi ausgefüllt. Die Erklärungen befaßten sich hauptsächlich mit den rechtlichen Fragen des Wilna-Konfliktes. Jene, welche die Möglichkeit eines Ausleichs bieten könnten, waren in den beiden Erklärungen nicht aufzufinden. Da der Rat wohl erst in zwei Tagen sich zu einer Entscheidung über den Konflikt finden kann, also Zeit für die Kompromißverhandlungen noch genügend vorhanden ist, so braucht man trotz der augenblicklichen Naivität der Ratssmitglieder noch nicht jede Hoffnung auf eine einmütigen annehmbaren Beilegung des Streites aufzugeben.

Der Bericht Coolidges auf die Kandidatur.

Washington. Die Popularität des Präsidenten Coolidge und die Schwierigkeit, einen anderen allen Teilen der republikanischen Partei genehmen Kandidaten zu finden, ist so groß, daß auch nach der erneuten Erklärung des Präsidenten, er wolle nicht für die Präsidentschaft im nächsten Jahre kandidieren, bei vielen sich hartnäckig die Hoffnung erhält, er werde doch nominiert werden und dann aus Loyalität gegenüber der Partei dem allgemeinen Ertragen nachgeben. Vizepräsident Dames und der Führer der Republikaner im Senat, Curtis, erkliden in der gestrigen Rede eine Bestätigung dafür, daß Coolidge sich nicht aufstellen lassen werde, andere dagegen, so Coolidge früherer Privatsekretär Vasconcelos, neigen der Ansicht an, daß nunmehr zwar das Feld für andere Kandidaten frei ist, daß aber die republikanische Partei nach wie vor berechtigt ist, Coolidge als ihren Kandidaten anzuführen, denn er habe nicht wie früherzeit Präsident Mc. Kinley gesagt, er werde eine etwaige Nominierung nicht annehmen. Die Lage ist daher noch immer unentschieden. Senator Curtis hat schon vor Wochen seine Kandidatur angemeldet, jetzt werden auch Dames, Hoover und andere sich gegen ihre Ausweisung als Kandidaten nicht mehr sträuben. Es wird jedoch viele Monate dauern, bis ein Ueberblick darüber möglich ist, wer die meiste Aussicht hat. Jedenfalls geht die Auffassung des Landes im allgemeinen dahin, daß Coolidge freiwillig auf die Ehre einer neuen Präsidentschaft verzichtet hat, die ihm, falls er sich nicht selbst angekündigt hätte, die überwiegende Mehrheit des Volkes mit Begeisterung übertragen haben würde.

Aussprache über den litauisch-polnischen Konflikt.

Die voraussichtliche Lösung des litauisch-polnischen Streits.

Genf. Nach dem Verlauf der gestrigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundesrates hat man allgemein die Erwartung, daß in der polnisch-litauischen Streitfrage eine Lösung gefunden werden kann. Die Regelung denkt man sich derart, daß die litauische Regierung von der polnischen Botschaft Kenntnis nimmt, in der Polen den Mächten gegenüber erklärt, daß es die Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Litauens nicht anzugreifen gedenke und unter Voraussetzung auf diese Erklärung wird der Rat Litauen empfehlen, den Friedenszustand aufzugeben. Gleichzeitig wird den beiden Ländern empfohlen werden, die normalen Beziehungen wieder herzustellen, evtl. unter Mitwirkung des Völkerbundes oder von Persönlichkeiten aus Ländern, die ihm angehören. Dabei wird zunächst nicht an die Annahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen gedacht, sondern an die Wiederherstellung des wirtschaftlichen und Handelsverkehrs. Ob der von Woldemaras gestellte Antrag auf Einleitung einer Grenzkommission, der von verschiedenen Ratsmitgliedern begrüßt wird, auch die Zustimmung Polens erhält, ist noch unklar. Dagegen erhebt Polen gegen die Abgabe einer Erklärung Litauens in Bezug auf seine Ansprüche auf das Wilnagebiet keinen Einspruch.

Das Arbeitsprogramm des Rates.

Genf. Der Berichterstatter für den polnisch-litauischen Streitfall, der holländische Minister der Äußeren, wird die Ausarbeitung seines Berichtes unter Zuhilfenahme mit den beiden Parteien sofort aufnehmen. Auf der provisorischen Tagesordnung der heutigen Nachmittags-Sitzung steht der oberste litauische Schulstreit, über den die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind. Außerdem sollen die beiden Danziger Fragen über die Souveränität Danzigs auf der Westplatte und den Anlegbahnen zur Ueberwinterung polnischer Kriegsschiffe behandelt werden. In der Frage der Westplatte sind trotz des Danzig günstigen Berichtes der juristischen Sachverständigen Schwierigkeiten entstanden, wegen deren die Einholung eines Gutachtens beim Internationalen ständigen Gerichtshof im Haag notwendig werden wird. Auch die Frage des Anlegbahnen wird in dieser Sitzung noch nicht zur endgültigen Entscheidung kommen.

Die Beurteilung in Rowno. Neue Direktiven für Woldemaras?

Rowno. (Sonderdienst der Zeitung.) In hiesigen politischen Kreisen sieht man den heutigen Verhandlungen des Völkerbundesrates in dem litauisch-polnischen Konflikt mit großem Interesse entgegen. Die Stellung des Ministerpräsidenten Woldemaras hat sich, wie festgestellt werden kann, auf Grund der aus Genf hier vorliegenden Infor-

mationen mehr und mehr befestigt. Man ist sich hier darüber klar, daß ein Kompromiß in dem Sinne, daß der Kriegszustand aufhört und die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen wieder aufgenommen werden, für Litauen praktisch ein Nachgeben auf der ganzen Linie bedeuten würde. In dieser Tatsache würde ein litauischer formeller Vorbehalt, daß Litauen auf seinen Anspruch auf Wilna niemals verzichten könne, nicht das geringste ändern. Inzwischen sind zur Vorgeschichte des Konfliktes Einzelheiten bekannt geworden, die nicht geeignet sind, die Stimmung für ein Kompromiß geneigter zu machen. So hört man, daß die von Wietkiewitsch auf dem bekannten nur von etwa 40 Personen besetzten Emigrantenkongreß in Riga eingebrachte Resolution von dem dortigen polnischen Gesandten Luskiemicz und dem Chef der Abteilung im polnischen Außenministerium Helonko revidiert worden war. Man sieht darin einen Beweis, daß es Willkür darauf ankommt, gleichgültig mit welchen Mitteln, Litauen zu polonifizieren. Eine militärische Ueberumpelung Litauens kommt nach dem Eingreifen der Westmächte jetzt nicht mehr in Frage. Dagegen würde die allmähliche Polonisierung und propagandistische Ueberkantung des durch die gewalttätige Abtrennung des Wilnagebietes geschwächten Litauens nach den Richtlinien des von den Mächten in Genf anscheinend erzwungenen Kompromisses nur eine Frage von wenigen Jahren sein.

Unter diesen Umständen betont man hier, daß der beim Völkerbundesrat anhängig gemachte polnisch-litauische Konflikt in der Hauptsache die Vergewaltigung litauischer Schulen im Wilna-Gebiet zum Gegenstand hat. Wie man hört, soll deshalb auch die Taktik der litauischen Delegation in Genf dahin gehen, die Verhandlungen auf das eigentliche Thema des Schulstreites wieder zurückzuführen und darauf zu beschränken, in der Erkenntnis, daß eine gerechte Lösung des gesamten Konfliktes in Genf doch nicht erwartet werden kann.

Unterredungen in Genf.

Genf. (Funksp.) Am heutigen Vormittag hatte Reichsaußenminister Dr. Stresemann eine längere Unterredung mit dem englischen Außenminister Chamberlain, während Staatssekretär Weismann mit dem polnischen Außenminister Jalessi eine Aussprache über die Oberschlesische Schulfrage hatte.

Ein Zettel an Stresemann.

Berlin. (Funksp.) In einem nachträglichem Bericht der B. Z. zur gestrigen Genfer Ratssitzung wird erzählt: Eine kurze Diskussion juristischer Fragen führte dazu, daß ein paar Amerikaner Dr. Stresemann einen Zettel auf den Tisch legten, mit der Frage: „Wollen die Polen Ihnen wieder Memel verschaffen?“ Herr Stresemann zeigte den Zettel Herrn Jalessi, der aber nichts zu sagen hatte. Herr Stresemann sprach dann die Antwort: „Es wäre das Logische — aber geschieht immer das Logische?“

Die Offener Verhandlungen in der Eisenindustrie gescheitert.

Wien. Am Mittwoch vormittag 9 Uhr begannen in Offen die letzten direkten Verhandlungen zwischen den Parteien der Schwerindustrie des Industriegebietes über den Lohnausgleich bei einer etwaigen Umstellung der Walz- und Stützenwerke zum Dreifachsystem. Als Zuhörer wohnte nach dem „Vorwärts“ der Schlichter für Rheinland und Westfalen Dr. Jötten den Verhandlungen bei, der vom Reichsarbeitsminister beauftragt ist, die Parteien nach Scheitern der direkten Verhandlungen sofort zu Schlichtungsverhandlungen zu laden.

Der Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes Wolf gab im Namen der Vertreter der Freien Gewerkschaften die Erklärung ab, daß diese die Stilllegungsmasse als eine starke Propagation der Arbeiterkraft betrachte und als ein unzulässiges Druckmittel. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband erklärt, daß er seine bisherige Haltung beibehalte, und wenn seine Vertreter trotzdem an den heutigen Verhandlungen teilnehmen, so geschehe es nur deshalb, weil es ihnen ernst sei mit der Wahrnehmung der Interessen ihrer Mitglieder.

Die Gewerkschaften trugen dann ihre Forderungen vor, von denen sie unter keinen Umständen abgehen wollen. Darauf trugen auch die Unternehmer ihre Ansicht vor. Da es zu keiner Einigung kam, verließen die Verhandlungen ergebnislos und heute Donnerstag werden nun neue Verhandlungen vor dem Schlichter stattfinden.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbesprechungen

wurden am Mittwoch beendet. Ueber die Kommissionsberatungen vom Dienstag wurde mitgeteilt, daß die Industriekommission die allgemeinen Fragen des Handelsvertrages, soweit sie sich auf industrielle Produkte beziehen, erörterte und hierauf eine Reihe von Einzelfragen namentlich Rohle, Eisen, Zink und die verarbeitenden Industrien

eingehend besprach. Die allgemeine Auffassung der deutschen und polnischen Teilnehmer ging dahin, daß die Aussprache möglich gewesen sei und am zweckmäßigsten zunächst durch weitere sachliche Besprechungen fortgesetzt werden würden. In ähnlicher Weise erörterte die Agrarkommission eingehend die land- und forstwirtschaftliche Lage beider Staaten. Hier ergab sich Einverständnis darüber, daß eine wirtschaftliche Annäherung zwischen beiden Ländern anzustreben und die mündliche Aussprache geeignet sei, die einschlägigen Fragen zu klären.

Der Vorsitzende Protwein schloß die Mittwoch-Sitzung mit dem Ausdruck der Befriedigung über den Verlauf der Besprechungen.

Der Vorsitzende der polnischen Delegation, General-Landwirtschaftspräsident v. Juchlinski, dankte den deutschen Wirtschaftsvertretern für die sachliche Art der Verhandlungen und lud zur Fortsetzung der Aussprache nach Warschau auf den 27. und 28. Januar nächsten Jahres ein.

Reparationsagent und Zigarettensteuer-Gesetz.

Berlin. Die antilige Meldung über die gestrige Kabinettsitzung, wonach das Reichskabinet den Entwurf eines Gesetzes zur Verringerung des Zigarettensteuergesetzes angekündigt hat, gibt keinen Aufschluß darüber, in welcher Richtung das Zigarettensteuergesetz abgeändert werden soll. Der „Volkswagen“ will wissen, daß es sich im besonderen um eine anderweitige Regelung der Einziehung der Zigarettensteuer handele, und zwar sollen dabei Zusammenhänge mit der Reparationspolitik vorliegen. Der vor kurzem veröffentlichte Bericht des Kommissars für die verpfändeten Einnahmen hat darauf hingewiesen, daß bei der Zigarettensteuer, die etwa 20 Prozent des Gesamtaufkommens aus den verpfändeten Einnahmen ausmacht, sehr erhebliche Stundungen üblich sind, die 150 Millionen betragen sollen. Das genannte Blatt nimmt an, daß das Reichskabinet jetzt von sich aus die Initiative ergreift, um in dieser Frage eine Neuordnung herbeizuführen.